

**Bericht und Antrag des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit zum zweiten Gesetz zur Änderung des Bremer Informationsfreiheitsgesetzes****I. Bericht**

Die Bürgerschaft (Landtag) hat in ihrer Sitzung am 17. Dezember 2014 die erste Lesung des zweiten Gesetzes zur Änderung des Bremer Informationsfreiheitsgesetzes (Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 16. Dezember 2014, Drs. 18/1677) unterbrochen und das Gesetz zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit überwiesen.

Der Ausschuss hat in seiner Sitzung am 27. Januar 2015 beschlossen, zur Novellierung des Bremer Informationsfreiheitsgesetzes eine öffentliche Anhörung durchzuführen und folgende Institutionen, Organisationen und Interessenvertretungen einzuladen und um eine Stellungnahme zu bitten:

- den Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen,
- den Verein Mehr Demokratie e. V.,
- den Verein Transparency International e. V.,
- die Humanistische Union,
- den Chaos Computer Club,
- Herrn Prof. Dr. Kubicek vom Institut für Informationsmanagement Bremen,
- die Beirätekonzferenz,
- die Handelskammer Bremen,
- die Handwerkskammer Bremen.

Die Anhörung hat im Rahmen der Ausschusssitzung am 24. März 2015 stattgefunden. Folgende Personen haben an der Anhörung teilgenommen und dem Ausschuss ihre Stellungnahme vorgetragen:

- Herr Dr. Hagen, Vertreter der Senatorin für Finanzen,
- Frau Dr. Imke Sommer, Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit,
- Frau Sokol, Präsidentin des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen,
- Herr Dr. Steinbrück, Landesbehindertenbeauftragter,
- Herr von Zabern, Vertreter des Bremer Bündnisses für Transparenz (Mehr Demokratie e. V., Humanistische Union, Transparency International Deutschland e. V.),
- Herr Hirdes, Vertreter des Chaos Computer Clubs,
- Herr Prof. Dr. Kubicek, Institut für Informationsmanagement Bremen GmbH,
- Frau Bargmann, Vertreterin der Handwerkskammer Bremen.

Darüber hinaus lagen im Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit eine schriftliche Stellungnahme der Handelskammer Bremen sowie die Ergebnisse der rechtsförmlichen Prüfung durch den Senator für Justiz und Verfassung vor, die ebenfalls in die Beratungen einbezogen worden sind.

Die Mitglieder des Ausschusses haben die in der Anhörung vorgetragene Anregungen und Bedenken erörtert und über notwendige weitergehende Änderungen des Bremer Informationsfreiheitsgesetzes diskutiert.

Die im Ausschuss vertretenen Fraktionen behalten sich vor, im Rahmen der weiteren Gesetzesberatung in der Bürgerschaft (Landtag) noch Änderungsanträge zu stellen.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag) einstimmig, unter Einbeziehung der Ergebnisse der rechtsförmlichen Prüfung, das Bremer Informationsfreiheitsgesetz in der als Anlage beigefügten Fassung zu ändern.

Der Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit hat sodann den vorliegenden Bericht einstimmig beschlossen.

## II. Antrag

Der Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag) einstimmig:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt den Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit zur Kenntnis.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das zweite Gesetz zur Änderung des Bremer Informationsfreiheitsgesetzes in der als Anlage beigefügten Fassung in erster und zweiter Lesung.

Silvia Schön  
(Vorsitzende)

## ANLAGE

### Zweites Gesetz zur Änderung des Bremer Informationsfreiheitsgesetzes

Der Senat verkündet das nachstehende, von der Bürgerschaft (Landtag) beschlossene Gesetz:

#### Artikel 1

Das Bremer Informationsfreiheitsgesetz vom 16. Mai 2006 (Brem.GBl. S. 263 – 206-k-1), das durch das Gesetz vom 1. März 2011 (Brem.GBl. S. 81) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Das Inhaltsverzeichnis wird wie folgt geändert:
  - a) Nach der Angabe zu § 6a wird folgende Angabe zu § 6b eingefügt:  
„§ 6b Vergütungsverträge für die Erstellung von Gutachten ab einem Gegenstandswert von 5 000 Euro und sonstige Verträge ab einem Gegenstandswert von 100 000 Euro“.
  - b) Nach der Angabe zu § 11 wird folgende Angabe zu § 11a eingefügt:  
„§ 11a Nutzung“.
  - c) Die Angabe zu § 12 wird wie folgt gefasst:  
„§ 12 Berichtspflicht“.
  - d) Die Angabe zu § 13 wird wie folgt gefasst:  
„§ 13 Landesbeauftragte oder Landesbeauftragter für die Informationsfreiheit“.
  - e) Die Angabe zu § 14 wird wie folgt gefasst:  
„§ 14 Inkrafttreten“.
2. § 1 wird wie folgt geändert:
  - a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
    - aa) In Satz 1 werden nach dem Wort „stellen“ ein Komma und die Wörter „beispielsweise durch die Bereitstellung in weiterverarbeitbaren Formen sowie maschinenlesbarer Formate zum Zweck der Weiterverarbeitung“ angefügt.

bb) In Satz 2 werden die Wörter „der Antragsteller“ durch die Wörter „die antragstellende Person“ ersetzt.

cc) Nach Satz 3 wird folgender Satz angefügt:

„Auf Antrag ist der Informationszugang für beeinträchtigte Personen in einer für sie wahrnehmbaren Form zu ermöglichen.“

b) Dem Absatz 2a wird folgender Satz angefügt:

„Öffentliche Stellen haben ihre Vertragspartner vor Vertragsschluss auf die Veröffentlichungspflicht nach diesem Gesetz hinzuweisen.“

3. § 3 wird wie folgt geändert:

a) In Nummer 1 werden nach dem Wort „wenn“ die Wörter „und solange“ eingefügt.

b) In Nummer 2 werden nach dem Wort „wenn“ die Wörter „und solange“ eingefügt.

c) In Nummer 4 werden nach dem Wort „wenn“ die Wörter „und solange“ eingefügt.

d) In Nummer 6 werden nach dem Wort „wenn“ die Wörter „und solange“ eingefügt.

4. § 5 wird wie folgt geändert:

In § 5 Absatz 1 Satz 1, Absatz 2 und 3 werden nach den Wörtern „der antragstellenden Person“ jeweils die Wörter „oder der Allgemeinheit“ eingefügt.

5. § 6 wird wie folgt geändert:

a) Der Wortlaut wird Absatz 1; in Absatz 1 Satz 2 werden nach den Wörtern „der antragstellenden Person“ die Wörter „oder der Allgemeinheit“ eingefügt.

b) Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 2 angefügt:

„(2) Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse sind alle auf ein Unternehmen bezogene Tatsachen, Umstände und Vorgänge, die nicht offenkundig, sondern nur einem begrenzten Personenkreis zugänglich sind und an deren Nichtverbreitung der Rechtsträger ein berechtigtes Interesse hat. Ein berechtigtes Interesse liegt vor, wenn das Bekanntwerden einer Tatsache geeignet ist, die Wettbewerbsposition eines Konkurrenten zu fördern oder die Stellung des eigenen Betriebs im Wettbewerb zu schmälern oder wenn es geeignet ist, dem Geheimnisträger wirtschaftlichen Schaden zuzufügen.“

6. § 6a Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:

a) Nach der Angabe „§ 6“ wird die Angabe „Absatz 1“ eingefügt.

b) Nach den Wörtern „der antragstellenden Person“ werden die Wörter „oder der Allgemeinheit“ eingefügt.

7. Nach § 6a wird folgender § 6b eingefügt:

„ § 6b

Vergütungsverträge für die Erstellung von Gutachten ab einem Gegenstandswert von 5 000 Euro und sonstige Verträge ab einem Gegenstandswert von 100 000 Euro

(1) Hat der Antrag auf Informationszugang einen Vergütungsvertrag für die Erstellung von Gutachten ab einem Gegenstandswert von 5 000 Euro oder einen sonstigen Vertrag ab einem Gegenstandswert von 100 000 Euro zum Gegenstand, findet § 6 Absatz 1 Satz 2 mit der Maßgabe Anwendung, dass das Informationsinteresse der antragstellenden Person oder der Allgemeinheit die schutzwürdigen Belange des oder der Betroffenen in der Regel überwiegt, wenn der oder dem Betroffenen durch die Offenbarung der Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse kein wesentlicher wirtschaftlicher Schaden entstehen würde. Im Übrigen bleiben die §§ 3 bis 6 unberührt.

(2) § 6a Absatz 3 gilt entsprechend.“

8. Dem § 9 Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:  
 „Wird der Antrag ganz oder teilweise abgelehnt, ist die antragstellende Person auf ihr Recht nach § 13 Absatz 1 hinzuweisen.“
9. § 11 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 wird das Wort „sollen“ durch das Wort „haben“ ersetzt und vor dem Wort „führen“ das Wort „zu“ eingefügt.
  - b) In Absatz 2 wird nach dem Wort „Gesetzes“ das Wort „unverzüglich“ eingefügt.
  - c) In Absatz 3 Satz 1 wird nach dem Wort „Interesse“ das Wort „unverzüglich“ eingefügt.
  - d) Der Absatz 4 wird wie folgt gefasst:  
 „(4) Die Behörden haben die in den Absätzen 1, 2 und 3 genannten Pläne, Verzeichnisse und Verwaltungsvorschriften sowie weitere geeignete Informationen ohne Angaben von personenbezogenen Daten und Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen in elektronischer Form unverzüglich allgemein zugänglich zu machen und unverzüglich an das elektronische Informationsregister nach Absatz 5 zu melden. Weitere geeignete Informationen sind insbesondere Handlungsempfehlungen, Statistiken, Gutachten, Berichte, Broschüren, die wesentlichen Regelungen erteilter Baugenehmigungen und -vorbescheide gemäß der Baugenehmigungsstatistik sowie die Flurstücknummer, mit Ausnahme von reiner Wohnbebauung mit maximal fünf Wohneinheiten, Umweltinformationen nach dem Umweltinformationsgesetz des Bundes, Verbraucherinformationen nach dem Gesetz zur Verbesserung der gesundheitsbezogenen Verbraucherinformation, bei den Behörden vorhandene gerichtliche Entscheidungen, Informationen, zu denen bereits nach diesem Gesetz Zugang gewährt worden ist, Senatsvorlagen nach Beschlussfassung oder bei Mitteilungen an die Bürgerschaft, Unterlagen, Protokolle und Beschlüsse öffentlicher Sitzungen, Entgeltvereinbarungen sowie wesentliche Unternehmensdaten städtischer Beteiligungen einschließlich einer Darstellung der jährlichen Vergütungen und Nebenleistungen für die Leitungsebene.“
  - e) Absatz 4a wird wie folgt geändert:
    - aa) In Satz 1 werden nach dem Wort „werden“ die Wörter „sowie für Vergütungsverträge für die Erstellung von Gutachten ab einem Gegenstandswert von 5 000 Euro und für sonstige Verträge ab einem Gegenstandswert von 100 000 Euro.“ angefügt.
    - bb) Es wird folgender Satz angefügt:  
 „Die Veröffentlichung unterbleibt, soweit ein Antrag auf Informationszugang nach diesem Gesetz abzulehnen wäre.“
  - f) Folgender Absatz 5 wird eingefügt:  
 „(5) Die Behörden und öffentlichen Stellen haben alle an sie gerichteten Anträge auf Informationszugang unverzüglich zu veröffentlichen und dem zentralen Informationsregister nach Absatz 6 zu melden. Absatz 4 Satz 1 gilt entsprechend.“
  - g) Der bisherige Absatz 5 wird Absatz 6; Absatz 6 Satz 2 wird aufgehoben.
  - h) Folgender Absatz 7 wird eingefügt:  
 „(7) Dem zentralen Informationsregister gemeldete Informationen werden unverzüglich in diesem veröffentlicht.“
  - i) Der bisherige Absatz 6 wird Absatz 8.
10. Nach § 11 wird folgender § 11a eingefügt:

„§ 11a

Nutzung

Die Nutzung der allgemein zugänglichen Informationen ist frei, sofern höherrangiges Recht oder spezialgesetzliche Regelungen nichts anderes bestimmen. Das gilt auch für Gutachten, Studien und andere Dokumente, die in die Ent-

scheidungen der Behörden einfließen oder ihrer Vorbereitung dienen. Nutzungsrechte sind bei der Beschaffung von Informationen abzubedingen, soweit sie einer freien Nutzung entgegenstehen können.“

11. Folgender § 12 wird eingefügt:

„ § 12

#### Berichtspflicht

Der Senat berichtet der Bürgerschaft jährlich über die Veröffentlichungen nach § 11.“

12. Der bisherige § 12 wird § 13.

13. § 14 wird wie folgt geändert:

- a) In der Überschrift werden das Komma und das Wort „Außerkräfttreten“ gestrichen.
- b) Satz 2 wird aufgehoben.

#### Artikel 2

Das Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.

### Begründung

#### Artikel 1

Zu 1. (Änderungen in der Inhaltsübersicht)

Zu a) bis d): Hierbei handelt es sich um durch die Änderungen nötige redaktionelle Anpassungen.

Zu 2. (Änderungen in § 1)

Zu a)

Zu aa) Die generellen Veröffentlichungspflichten aus § 11 sind für die Verwaltung mit einem hohen Arbeitsaufkommen verbunden. Die Bereitstellung in Form von maschinenlesbaren Daten soll nur auf Antrag gewährt werden, um den diesbezüglichen Verwaltungsaufwand so gering wie möglich zu halten.

Zu bb): Mit der Änderung werden weibliche und männliche Antragstellende gleichermaßen berücksichtigt.

Zu cc): Beeinträchtigte Personen sollen Informationszugang in der für sie geeigneten Form erhalten.

Zu b): Vertragspartner öffentlicher Stellen müssen bereits vor Vertragsabschluss explizit über die nach diesem Gesetz bestehenden Veröffentlichungspflichten informiert werden.

Zu 3. (Änderungen in § 3)

zu a) bis d): „Solange“ bedeutet in diesem Fall, dass dem Antrag auf Zugang zu amtlichen Informationen eventuell zu einem späteren Zeitpunkt entsprochen werden kann, sofern die Voraussetzungen des § 3 dann nicht mehr vorliegen. Es ist demnach möglich, dass zu einem bestimmten Zeitpunkt ein Anspruch auf Informationszugang nicht besteht, die Versagungsgründe aus § 3 aber im Laufe der Zeit wegfallen und ein Informationsanspruch dann gegeben sein kann.

Zu 4. (Änderungen in § 5)

Die Erweiterung auf das Informationsinteresse der Allgemeinheit ist für die Abwägung zwischen dem Informationsinteresse der antragstellenden Person oder der Allgemeinheit und dem schutzwürdigen Interesse des betroffenen Dritten von Bedeutung. Es sind Sachverhalte möglich, in denen das Informationsinteresse der Allgemeinheit über das einer einzelnen Person hinausgeht. Genau in diesen Fällen muss dann in der Abwägung auf das Informationsinteresse der Allgemeinheit abgestellt werden.

Zu 5. (Änderungen in § 6)

Zu a): Siehe Begründung zu 4.

Zu b): Der neue Absatz 2 dient der Definition der Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse im Sinn des Informationsfreiheitsgesetzes. Die Aufnahme dieses Passus sorgt für mehr Transparenz und Rechtsklarheit für die Verbraucherinnen und Verbraucher.

Zu 6. (Änderungen in § 6a)

Zu a): Redaktionelle Änderung.

Zu b): Siehe Begründung zu 4.

Zu 7. (neuer § 6b)

Sonstige Verträge mit einem Gegenstandswert unter 100 000 € fallen unter die Bagatellgrenze. Ausnahmen bestehen für Vergütungsverträge für Gutachtenerstellung, da an diesen ein besonderes öffentliches Interesse bestehen kann. Der Gegenstandswert für diese Verträge liegt jedoch meist unterhalb von 100 000 €, sodass hierfür eine Ausnahmereglung erforderlich ist.

Zu 8. (Änderungen in § 9)

Die Antragstellerin/der Antragsteller wird explizit auf ihr/sein Recht hingewiesen, sich an die Landesbeauftragte/den Landesbeauftragten für Informationsfreiheit zu wenden.

Zu 9. (Änderungen in § 11)

Zu a): Aus einer „Soll“-Vorschrift wird eine „Muss“-Vorschrift. Die Veröffentlichung steht demnach nicht mehr im Ermessen der Behörden. Ausnahmen sind nur zulässig, soweit sie gesetzlich vorgesehen sind. Die Behörden sind damit an die Veröffentlichungspflichten aus § 11 gebunden.

Zu b) und c): Öffentliche Stellen müssen ihren Veröffentlichungspflichten aus § 11 nunmehr ohne schuldhaftes Zögern nachkommen.

Zu d): Erweiterung des Katalogs der Veröffentlichungspflichten: Ziel der Veröffentlichungspflichten hinsichtlich der wesentlichen Regelungen erteilter Baugenehmigungen und -vorbescheide gemäß der Baugenehmigungsstatistik sowie die Flurstücknummer ist eine weitgehende Synchronisierung mit den bei den zuständigen Stellen ohnehin erhobenen Daten, um den Verwaltungsaufwand möglichst gering zu halten. Soweit statistisch erfasst, sind auch Nutzungsänderungs- und Abrissgenehmigungen mit in das Register einzustellen.

Es wird die Möglichkeit geschaffen, Umweltinformationen nach dem Umweltinformationsgesetz des Bundes, Verbraucherinformationen nach dem Gesetz zur Verbesserung der gesundheitsbezogenen Verbraucherinformation sowie die amtlichen Informationen nach diesem Gesetz in einem Register abzurufen.

Die Bezugnahme auf die Unternehmensdaten soll eine umfassende Information über die städtischen Beteiligungen der Stadt ermöglichen. In diesem Zusammenhang ist, in rechtlich zulässigem Umfang, auch eine Veröffentlichung der Vergütungen und Nebenleistungen der Leitungsebenen vorzusehen.

Zu e)

Zu aa): Siehe Begründung zu 7.

Zu bb): Entsprechend der bereits bestehenden Regelung in § 11 Absatz 3 Satz 2.

Zu f): Es wird für mehr Transparenz gesorgt. Interessierte haben die Möglichkeit, Kenntnis von den bereits gestellten Anträgen auf Informationszugang zu nehmen. „Doppelanträge“ können damit vermieden und der Verwaltungsaufwand dadurch verringert werden.

Zu g): Redaktionelle Änderung. Da aus der „Soll-Vorschrift“ zur Veröffentlichung nun eine „Muss-Vorschrift“ geworden ist (siehe 9a)], ist eine vorrangige Veröffentlichungspflicht für bestimmte Informationen nicht mehr notwendig.

Zu h): Die schuldhaftige Verzögerung der Veröffentlichung der dem Informationsregister gemeldeten Informationen wird damit verhindert.

Zu i): Redaktionelle Änderung.

Zu 10. (neuer § 11a)

Alle Entscheidungsabläufe und Faktoren für Entscheidungen öffentlicher Stellen sollen nachvollziehbar sein und bleiben. Auch Informationen, die zwar privat finanziert wurden, die aber die Behörden in ihre Entscheidungsfindung mit einbeziehen, wie z. B. Gutachten, Studien und andere Dokumente, müssen veröffentlicht werden und sollen frei genutzt werden können. Diese Vorschrift erleichtert auch zukünftige Entscheidungen, weil der volle Umfang des Handelns dokumentiert vorliegt. Insoweit bestehende Nutzungsrechte sind zu klären und gegebenenfalls abzubedingen, soweit sie einer freien Nutzung entgegenstehen können.

Zu 11. (neuer § 12)

Hiermit wird die im Jahr 2011 aufgehobene Berichtspflicht wieder eingeführt.

Zu 12. (Änderung § 12)

Redaktionelle Änderung.

Zu 13. (Änderungen § 14)

Das Gesetz wird entfristet.

## **Artikel 2**

Regelt das Inkrafttreten des Gesetzes.